

Beschluss des Kantonsrates über die Festsetzung der Besoldungen der Mitglieder des Verwaltungsgerichts

(vom)

Der Kantonsrat,

gestützt auf § 37 Abs. 1 des Verwaltungsrechtspflegegesetzes (VRG)
vom 24. Mai 1959 und nach Einsichtnahme in den Antrag des Verwal-
tungsgerichts vom 6. September 2010,

beschliesst:

I. Der Beschluss des Kantonsrates über die Festsetzung der Be-
soldungen der Mitglieder des Verwaltungsgerichts vom 7. Juli 1997
(LS 175.22) wird wie folgt geändert:

I. Die jährliche Besoldung der Mitglieder des Verwal-
tungsgerichts entspricht im ersten Dienstjahr Lohnstufe 17 der
Lohnklasse 29 gemäss Anhang 2 zur Vollzugsverordnung zum
Personalgesetz vom 19. Mai 1999.

Auf den 1. Januar erfolgt jeweils der Aufstieg in die über-
nächste Lohnstufe.

II. unverändert.

III. Die Präsidentin oder der Präsident des Verwaltungs-
gerichts erhält eine jährliche Zulage von Fr. 20 840, die Vizeprä-
sidentinnen und Vizepräsidenten eine solche von Fr. 10 420
und die als Einzelrichterinnen oder Einzelrichter tätigen an-
dern Mitglieder eine solche von Fr. 5210.

IV. Die Ersatzmitglieder werden nach Aufwand entschä-
digt. Der Stundenansatz wird entsprechend Lohnstufe 17 der
Lohnklasse 29 gemäss Anhang 2 zur Vollzugsverordnung zum
Personalgesetz vom 19. Mai 1999 festgesetzt.

V. Auf die Mitglieder des Verwaltungsgerichts sind sinn-
gemäss insbesondere die Bestimmungen über die Ausrichtung
von Teuerungszulagen, von Kinderzulagen und von generellen
Reallohnerhöhungen an das Staatspersonal sowie über die

Besoldungsauszahlung, die Dienstaltersgeschenke, die Besoldungsfortzahlung bei Krankheit, Unfall und weiteren besoldeten Abwesenheiten anwendbar.

Auf die Ersatzmitglieder finden die Vorschriften über die Teuerungszulagen und die generellen Realloohnerhöhungen Anwendung.

VI.–IX. unverändert.

II. Diese Änderungen treten am 1. Januar 2011 in Kraft.

Begründung

A. Einleitung

Am 18. Januar 2010 hat der Kantonsrat einer Änderung der Personalverordnung zugestimmt, mit welcher unter anderem das Lohnsystem teilweise geändert wurde. Das Lohnentwicklungssystem für die kantonalen Angestellten hat per 1. Januar 2010 wesentliche Veränderungen erfahren; insbesondere wurde der automatische Stufenaufstieg (und insofern auch die entsprechenden Sistierungen des Stufenaufstiegs) abgeschafft. Die Beschlüsse des Kantonsrates über die Besoldung der Mitglieder der obersten Gerichte, die insbesondere auch auf die Einschränkung des Stufenaufstiegs verweisen, wurden bisher nicht angepasst.

Nach Auffassung der obersten kantonalen Gerichte kamen daher ab 1. Januar 2010 wieder die entsprechenden Bestimmungen der Besoldungsbeschlüsse zur Anwendung, wonach jeweils per 1. Januar der Aufstieg in die nächsthöhere Besoldungsstufe erfolge. Da das teilrevidierte Lohnsystem die Lohnstufen verdoppelte, gleichzeitig in den Kantonsratsbeschlüssen aber eine Frist vorgesehen war, innert welcher die Mitglieder der obersten Gerichte die Höchstbesoldung erreichen sollten, wurden den Mitgliedern der obersten Gerichte rückwirkend ab 1. Januar 2010 zwei Stufenanstiege gewährt. Der Präsident der Justizkommission des Kantonsrates wurde darüber anlässlich eines Gespräches vorgängig orientiert. Im Rahmen dieses Gespräches anerkannten die obersten kantonalen Gerichte, dass die Beschlüsse angepasst werden müssen.

Mit Schreiben vom 1. Juni 2010 lud die Justizkommission die Verwaltungskommission der obersten Gerichte bzw. die obersten Ge-

richte ein, dem Kantonsrat Anträge zur Änderung der Besoldungsbeschlüsse einzureichen, um die Regelungslücke zu schliessen. Am 1. September 2010 besprachen sich die Präsidenten von Obergericht, Verwaltungsgericht und Sozialversicherungsgericht mit einer Subkommission der Justizkommission über das weitere Vorgehen.

Mit dem vorliegenden Antrag soll nicht eine generelle Lohnrevision thematisiert, sondern nur die Lücke, welche durch die Änderung der Personalverordnung entstanden ist, geschlossen werden. Der bisherige Besoldungsbeschluss soll – mit den notwendigen Anpassungen an die revidierte Personalverordnung – fortgeschrieben werden.

B. Die Änderungen im Einzelnen

I. Abs. 1: Die Formulierung ist dem neuen Lohnsystem mit 29 Lohnstufen angepasst. Neu Lohnstufe 17 entspricht dem alten ersten Maximum (Erfahrungsstufe 8) der Lohnklasse 29.

I. Abs. 2: Im Rahmen der strukturellen Besoldungsrevision 1987/1991 sollten die Mitglieder der obersten Gerichte – wie die Mitglieder des Regierungsrates – nach dem gleichen System besoldet werden. Während die Besoldung der Mitglieder des Regierungsrates 125% der Höchstbesoldung von Klasse 29 der damaligen Beamtenverordnung betragen sollte, sollten die Mitglieder der obersten Gerichte eine Besoldung von 100% der Höchstbesoldung von Klasse 29 erhalten. Diese Lohnfestsetzung erfolgte aufgrund vertiefter Funktionsanalysen und von Vergleichen mit andern Funktionen in und ausserhalb der Verwaltung. In die Klasse 29 eingereiht wurden damals: Chef/in Steueramt, Direktor/in der Flughafendirektion, Kommandant/in (Oberst) des Polizeikorps, Leitende/r Oberstaatsanwalt/-anwältin, Präsident/in des Kirchenrates, Staatsschreiber/in, Verwaltungsdirektor/in des Universitätsspitals. Heute sind in dieser Lohnklasse noch eingereiht: Chef/in Steueramt, Kommandant/in (Oberst) des Polizeikorps, Leitende/r Oberstaatsanwalt/-anwältin, Staatsschreiber/in.

Die Besoldung der Mitglieder des Regierungsrates wurde wie vorgeschlagen umgesetzt. Für die Mitglieder der obersten Gerichte wurden im Laufe der Beratungen im Kantonsrat Stufen eingeführt. Die Anfangsbesoldung für alle Neugewählten wurde im 1. Maximum des damaligen Lohnsystems (Klasse 29 Erfahrungsstufe 8) festgesetzt. Der Aufstieg in die eigentliche Einreihungsklasse (100% der Höchstbesoldung von Klasse 29 = Klasse 29 Leistungsstufe 4) sollte – sukzessive mit zunehmender Erfahrung – innerhalb von fünf Jahren erfolgen, so dass den Mitgliedern vom fünften Dienstjahr an die Höchstbesoldung zustand. Der jährliche Aufstieg wurde jedoch an die Einschränkung

des allgemeinen Stufenaufstiegs zur Wiederherstellung des Ausgleichs der laufenden Rechnung gekoppelt. In den Folgejahren wurde dieser allgemeine Stufenaufstieg mehrmals ausgesetzt. Während die kantonalen Angestellten (auch die in Klasse 29) dennoch im Rahmen von Beförderungen grundsätzlich und regelmässig in den Genuss von Lohnerhöhungen kommen konnten, wurden die Löhne der Mitglieder der obersten Gerichte bei Aussetzung des Stufenaufstiegs jeweils «eingefroren». Eine Erhöhung im Rahmen von Beförderungen war und ist ausgeschlossen, da die obersten Richterinnen und Richter einerseits nicht dem Personalrecht unterstehen und andererseits der Grundsatz der richterlichen Unabhängigkeit eine Leistungsbeurteilung, die Voraussetzung für eine Lohnerhöhung aufgrund einer Beförderung ist, schlechterdings ausschliesst.

Die Einreihung in einer Anfangsbesoldung und die Überführung in die eigentliche Besoldungseinreihung innert eines bestimmten Zeitraums ist vergleichbar mit der Einreihung in eine Anlaufstufe; während bei den kantonalen Angestellten der Aufstieg mit zunehmender Erfahrung innert dreier Jahren zu vollziehen war und ist, wurde er bei den Mitgliedern der obersten Gerichte auf fünf Jahre festgesetzt. Die jüngste Teilrevision des Lohnsystems hat an der dreijährigen Frist für das Staatspersonal nichts geändert. Es besteht deshalb auch kein Anlass, an der Frist für den Aufstieg der Mitglieder des Verwaltungsgerichts etwas zu ändern. Es liegen auch keine anderen sachlichen Gründe für eine solche Änderung vor. Insbesondere kann nicht gesagt werden, wegen der Verdoppelung der Lohnstufen halbiere sich die Erfahrung der Mitglieder, so dass die Aufstiegsfrist verdoppelt werden müsse. Ebenso ist zu berücksichtigen, dass Angestellten im Rahmen individueller Lohnerhöhungen bis zu fünf Lohnstufen pro Kalenderjahr gewährt werden können.

Die Aufstiege aus Anlaufstufen beim Staatspersonal konnten auch bei Aussetzung des jährlichen Stufenaufstieges vollzogen werden und waren an keine Quoten gebunden. Nach dem neuen Lohnsystem mit individuellen Lohnerhöhungen sind solche Lohnaufstiege ebenfalls nicht von Quoten abhängig. Hinzu kommt, dass ausserhalb der individuellen Lohnerhöhung beim Staatspersonal auch Lohnanpassungen aufgrund von Funktionswechseln und Neueinreihungen vorgenommen werden können (und in der Praxis auch häufig vorgenommen werden), die ebenfalls nicht an eine Quote gebunden sind. Diese Lohnentwicklungsmöglichkeiten sind den Mitgliedern des Verwaltungsgerichts bzw. der obersten kantonalen Gerichte verwehrt.

Wird an der Aufstiegsfrist von fünf Jahren festgehalten, hat der Aufstieg jeweils in die übernächste Lohnstufe zu erfolgen. Erfolgt auf den 1. Januar jeweils ein Anstieg gemäss Satz 1, ist der zweite Satz überflüssig.

II. bleibt unverändert.

III. Diese Bestimmung ist zur Verwirklichung der sprachlichen Gleichbehandlung der Geschlechter um die weibliche Form zu ergänzen. Ferner sind die Beträge an die in der Zwischenzeit aufgelaufene Teuerung anzupassen.

IV. Die Formulierung ist an das neue Lohnsystem mit 29 Lohnstufen anzupassen (vgl. Ziff. I Abs. 1).

V. Abs. 1: Die Bestimmung ist an die geänderte Personalverordnung anzupassen. § 21 Abs. 3 aPVO, welcher die Aussetzung des Stufenaufstiegs regelte, wurde abgeschafft. Der entsprechende Verweis ist hier zu streichen. Auf die Bezeichnung «vollamtlich» und «teilamtlich» kann verzichtet werden; die Bestimmung gilt für alle Mitglieder, und die Mitglieder des Verwaltungsgerichts sind in § 33 Abs. 1 VRG definiert. Für die Ersatzmitglieder gilt Abs. 2.

V. Abs. 2: bleibt unverändert

VI.–IX. bleiben unverändert

Abschliessend ersuchen wir Sie um wohlwollende Prüfung unseres Antrags und entsprechende Beschlussfassung.

Im Namen des Verwaltungsgerichts

Der Präsident:
Dr. A. Keiser

Der Generalsekretär:
Dr. C. Wetzler